



## BERLIN

# AKTUELL

Ausgabe 176

29. Juni 2018

### EINWURF

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

nach wie vor beherrscht der unionsinterne Streit zwischen CDU und CSU die aktuellen politischen Diskussionen. Es ist daher gut, dass seit gestern die 28 Staats- und Regierungschefs bei EU-Gipfel in Brüssel gemeinsam an einer europäischen Lösung arbeiten. Die ersten Ergebnisse machen Mut und Hoffnung, dass dies gelingen wird. Ich bin daher hoffnungsvoll, dass auch der Streit innerhalb der Union bald beigelegt werden kann (s. Seite 3).

Gute Neuigkeiten gibt es derzeit in Sachen A1-Lückenschluss. Nach dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr macht die neue schwarz-gelbe Landesregierung in NRW ihren Amtskollegen in Mainz vor, wie man eines der wichtigsten Verkehrsprojekte in Deutschland zielstrebig vorantreibt. Während Ankündigungsminister Wissing nach wie vor mehr damit beschäftigt ist, nach Ausreden als nach Lösungen zu suchen, hat NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst diese inzwischen präsentiert. Er legte in der vergangenen Woche einen Trassenverlauf vor, mit dem der Lebensraum des Haselhuhns umfahren wird. Alle weiteren Informationen hierzu finden Sie auf dieser Seite oder in meinem aktuellen [Podcast](#).

Herzliche Grüße  
Ihr Patrick Schnieder

### WAHLKREIS I

#### A1-Lückenschluss – Weg aus der Sackgasse



Foto: Schnieder

Der Lückenschluss der A1 ist seit Jahren in der Planung – auf rheinland-pfälzischer wie auf nordrhein-westfälischer Seite lange ohne Erfolg. Während zwei Streckenabschnitte vom Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen geplant werden, ist der rheinland-pfälzische Landesbetrieb Mobilität (LBM) für den rund 10 km langen Abschnitt zwischen Adenau und Kelberg zuständig. Insbesondere beim Teilstück zwischen Lommersdorf und Adenau kamen die nordrhein-westfälischen Behörden mit ihrer Planung nicht voran, solange der geplante Trassenverlauf den vermuteten Lebensraum des Haselhuhns, einer seltenen Vogelart, durchqueren sollte. An Alternativen wurde in der rot-grünen Vorgängerregierung nicht gearbeitet, ebenso wenig wurde der Dialog mit der Umweltverwaltung gesucht. Erst mit dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen und dem Amtsantritt

von Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) kam neuer Schwung in den Lückenschluss. Wüst gab seiner Planungsbehörde den Auftrag, den Trassenverlauf nach Rücksprache mit der Umweltverwaltung so zu optimieren, dass der neue Trassenverlauf nicht mehr durch die möglichen Lebensräume des Haselhuhns hindurch verläuft, sondern diese außen umfährt. Auf diese Weise kann das Risiko auf ein Minimum reduziert werden, dass der A1-Lückenschluss von Naturschutzverbänden wegen der mangelnden Einhaltung von Vogelschutzvorgaben beklagt und auf Jahre hinaus verhindert wird. Hier liegt der entscheidende Unterschied zu den bisherigen Planungen: Die Umweltverwaltung trägt die neue Variante mit, das war unter der rot-grünen Vorgängerregierung anders. Die optimierte Trasse weicht zwischen Lommersdorf und der Ortslage Dorsel geringfügig vom bisherigen Strecken-

verlauf ab. Um sicherzustellen, dass das zusammenhängende Waldgebiet oberhalb des Ahrtals nicht durchschnitten wird, ist zudem ein rd. 580 Meter langer Tunnel im Bereich des Ahrdorfer Waldes geplant. Und was ändert sich für Rheinland-Pfalz? Absolut gar nichts. Der von Wissing zu planende Streckenabschnitt ist von der optimierten Trasse nicht betroffen, an seiner Planung muss nichts verändert werden. Die zusätzlichen Baukosten von 60 Mio. Euro wird der Bund tragen, die rheinland-pfälzische Landesregierung muss keinen Cent dazugeben. Die Planungskosten übernimmt Nordrhein-Westfalen, das fünf Planer nur mit der Fertigstellung des Abschnittes zwischen Adenau und Blankenheim beauftragt hat. NRW gibt Vollgas und räumt alle Hindernisse aus dem Weg. Es gibt mehr Geld und Personal. Für Rheinland-Pfalz und Volker Wissing ändert sich nichts. Doch Wissing weiß, dass sich der Frust der Bevölkerung über jedes Jahr, das noch bis zu einer Fertigstellung des A1-Lückenschlusses vergehen wird, früher oder später an den politisch Verantwortlichen entladen wird. Und vielleicht ahnt er sogar, dass in den Planunterlagen, die er für seinen Abschnitt vorlegen musste, noch Stolpersteine schlummern, die die Realisierung weiter verzögern werden. Daher muss eine Erzählung her, die die Verantwortung möglichst weit von ihm wegschiebt. Der veränderte Trassenverlauf auf NRW-Seite kommt da wie gerufen. Vorgeschickt wird der parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Marco Weber, der unlängst erklärt hat, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung „die Pläne zum Streckenverlauf plötzlich über den Haufen wirft“, dies werfe „das Projekt zeitlich weit zurück“. Doch ist es vorstellbar, dass Verkehrsminister Wissing nicht über die Planänderungen informiert wurde? Auf hartnäckige Nachfrage der Eifelzeitung räumt die Pressesprecherin von Wissings Ministerium ein, dass es bereits seit Dezember 2017 Gespräche über die Planänderung zwischen den Verkehrsministerien der beiden Bundesländer gegeben hat. Seit Februar 2018 soll auch der Staatssekretär von Volker Wissing mit seinem nordrhein-westfälischen Kollegen Gespräche geführt haben, kurz darauf wurden auch die Chefs beider Landesbetriebe eingebunden. Dass Volker Wissing von alledem nichts

mitbekommen haben will, obwohl der A1-Lückenschluss laut seiner eigenen Aussage höchste Priorität genieße, lässt nur zwei mögliche Schlüsse zu. Entweder ist das Vertrauensverhältnis von Wissing und seinem Ministerium derart stark gestört, sodass wesentliche Änderungen an einem 600-Millionen-Euro-Verkehrsprojekt nicht mehr bei ihm ankommen. Oder aber Wissing geht kreativ mit den Fakten um. Der Verkehrsminister setzt dabei ein Muster fort, dass sich bereits bei dem Skandal um nicht abgerufene Straßenbaumittel oder dem misslungenen Personalaufwuchs beim Landesbetrieb Mobilität zeigt: Um große Ankündigungen ist Wissing nicht verlegen. Doch er lehnt es ab, seine Arbeit an konkreten Zahlen messen zu lassen.

Bei all dem Missmanagement in Mainz gerät völlig außer Acht, dass der Bund seit Jahren nichts unversucht lässt, um es der rheinland-pfälzischen Landesregierung so einfach wie möglich zu machen, die letzten 10,5 Kilometer Autobahn zu bauen. Im Dezember 2016 haben wir den Lückenschluss im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans, der Liste der bedeutendsten Verkehrsprojekte der Republik, verankert und somit die Finanzierung für die nächsten 15 Jahre sichergestellt. Um zu verhindern, dass endlose Klagerunden die Beschaffung des Baurechts massiv verzögern, habe ich gegenüber dem Bundesverkehrsministerium durchgesetzt, dass der A1-Lückenschluss auf die nationale Beschleunigungsliste kommt, um Gerichtsverfahren um ca. 1,5 Jahre abzukürzen. Und während ich mich gegenüber Bundesverkehrsminister Scheuer dafür einsetze, dass für den A1-Lückenschluss der Bau per Maßnahmengesetz geprüft wird, haben wir diesen Monat bereits – wie im Koalitionsvertrag versprochen – den Entwurf für ein Planungsbeschleunigungsgesetz vorgelegt. Der Bund hat alles in seiner Macht stehende getan. Mehr Unterstützung kann eine Landesregierung, die ohnehin nur einen der drei Abschnitte planen muss, nicht erhalten. Den allerletzten Schritt muss Wissing selbst gehen.

Die Erzählung von der fleißig planenden FDP auf rheinland-pfälzischer Seite, deren Arbeit durch die rücksichtslose CDU im Nachbarbundesland zunichtegemacht wird, es ist ein leicht zu durchschauendes Märchen.

## WAHLKREIS II

### Caritas und Tafel feiern gemeinsam in Prüm



Foto: Caritas

Am vergangenen Sonntag fanden zwei ganz besondere Jubiläen statt. Die Caritas Sozialstation Prüm-Arzfeld feierte ihr 40-jähriges und die Tafel Prüm ihr 10-jähriges Bestehen. Im Rahmen eines Open-Air Gottesdienstes auf dem Prümer Sommerplatz wurde gefeiert und es bot sich Gelegenheit, Danke zu sagen für die großartige Arbeit, die beide Organisationen leisten.

## WAHLKREIS III

### Kultourtal-Straße eröffnet



Foto: KV Bitburg-Prüm

Direkt an der deutsch-belgischen Grenze im Isleker Oortal gibt es ab sofort ein ganz besonderes Kunstprojekt zu besichtigen. Auf der 2,5 km langen Strecke von Welchenhausen nach Stupbach wurde am Wochenende die Kultourtalstraße eingeweiht. Ein großartiges Kunstprojekt, das direkt an der Grenze zu Belgien zeigt, wie ein grenzenloses Europa gelebt werden kann.

## BERLIN I

### Ein positives Signal in der Asyldebatte

Kaum ein Thema hat die Bundesrepublik in den vergangenen Wochen so beschäftigt wie der gegenwärtige Streit in der Asylpolitik. Im Kern der Debatte steht die durch den angekündigten Masterplan Flüchtlingspolitik aufgeworfene Frage nach Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen. Die Situation ist wie folgt: Bereits heute werden an den deutschen Grenzen Personen zurückgewiesen, die mit einem Aufenthalts- oder Wiedereinreiseverbot belegt sind, wie die Gewerkschaft der Polizei auch bestätigt hat. Im vergangenen Jahr wurden rund 7.500 Menschen an den deutschen Grenzen abgewiesen. Dass das Bundesinnenministerium dem Bundespolizeipräsidium per Erlass mitgeteilt hat, dass künftig diejenigen Personen an der Grenze zurückgewiesen werden sollen, gegen die ein Einreise- oder Aufenthaltsverbot besteht, führt diese Praxis lediglich fort.

Auf eine Abweisung wird bislang nur dann verzichtet, wenn die Personen einen Asylantrag stellen. Wer bereits einmal erfolglos Asyl beantragt und das Land anschließend verlassen hat, erhielt bislang die Chance auf ein neues Asylverfahren, sofern er neue Gründe für Asyl vorbringen kann. Die von den Medien berichteten Fälle von Flüchtlingen, die trotz Wiedereinreiseverbot erneut nach Deutschland gekommen sind, sind hiermit zu erklären. Doch auch hier steckt der Teufel im Detail: Es können nur Personen zurückgewiesen werden, die noch nicht faktisch eingereist sind und sich auf deutschem Boden befinden. Da die Grenzkontrollen erst auf deutschem Boden durchgeführt werden, müsste der Staat auf der anderen Seite der Grenze die Zurückweisung nicht zwangsläufig akzeptieren und könnte die Wiedereinreise der Person verweigern. Ohne eine einheitliche Handlungsanweisung für die Grenzbeamten auf beiden Seiten der Grenzen sind Zurückweisungen daher nicht möglich.

Wie Bundesinnenminister Seehofer angemerkt hat, geht es bei der derzeitigen Richtungsdebatte nicht nur um die Grenzsicherung, sondern um die

gesamte Asylpolitik. Hier ist zu bemerken, dass CDU und CSU das identische Ziel verfolgen. Wir debattieren lediglich über den richtigen Weg, dieses Ziel zu erreichen. Die Flüchtlingsströme aus Afrika sind kein deutsches, sondern ein europäisches Problem, da das Wohlstandsgefälle zwischen Afrika und dem gesamten europäischen Kontinent besteht. Wir wollen daher dafür sorgen, dass Wirtschaftsflüchtlinge keinen Anreiz haben, nach Europa aufzubrechen, indem wir Fluchtursachen abbauen, wirtschaftliche Perspektiven auf dem afrikanischen Kontinent schaffen, die Grenzsicherung verstärken und abgelehnte Asylbewerber konsequent zurückführen. Im Hinblick auf diejenigen Flüchtlinge mit Bleiberecht wollen wir, dass sich auch die übrigen europäischen Staaten daran beteiligen, diese Last zu schultern. Bis eine solche Einigung erzielt wurde, möchten wir, dass Asylbewerber gemäß der Dublin-III-Verordnung – abgesehen von einzelnen Ausnahmetatbeständen – dort das Asylverfahren durchlaufen, wo sie erstmals registriert werden.

Sofern Nordeuropa nun mit Rückweisungen beginnt, sind zwei Szenarien denkbar: Entweder ziehen die übrigen Staaten bis zur südlichen EU-Außengrenze nach. In der Folge ist kein freier Personenverkehr in der EU mehr möglich und Deutschland wird in den Zustand des Jahres 1994 vor Wegfall der Grenzkontrollen zurückgeworfen. Oder die Erstaufnahme- und Transitstaaten befürchten, registrierte Migranten, die vom Nachbarstaat zurückgewiesen werden, aufnehmen zu müssen und verzichten daher auf eine Registrierung oder die Flüchtlinge entziehen sich einer Registrierung eigenständig, bis sie ihren präferierten EU-Staat erreicht haben. Beide Szenarien sind für die Bundesrepublik mit erheblichen Nachteilen verbunden. Um dies zu verhindern, hat die Bundeskanzlerin von Beginn an für eine europäische Lösung geworben. Diese konnte infolge des Widerstands einiger EU-Staaten bislang nicht finalisiert werden. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel wurde nun ein erster Durchbruch er-

zielt. Die Mitgliedstaaten haben den gemeinsamen Text verabschiedet, alle möglichen legislativen und administrativen Maßnahmen zu unternehmen, um Sekundärmigration zu verhindern. Darüber hinaus hat man sich geeinigt, der europäischen Grenzschutzagentur Frontex mehr Ressourcen und ein erweitertes Mandat zu geben, klare Richtlinien für nichtstaatliche Seenotretter zu verabschieden, Anlandeplattformen in Drittstaaten zu forcieren, in die auf dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge gebracht werden, und auf freiwilliger Basis Zentren zur Verteilung der Migranten innerhalb der EU zu errichten.

Indem darauf hingearbeitet wird, die Berechtigung eines Asylantrages zu prüfen, während sich der jeweilige Asylbewerber noch gar nicht auf europäischem Boden befindet, können die ohnehin stark rückläufigen Flüchtlingszahlen, die nur einem Bruchteil der Zahlen von 2015 entsprechen, weiter reduziert werden. Zur Verdeutlichung der eigentlichen Problemdimension: Im laufenden Jahr wurden bis Mitte Juni 18.349 Asylsuchende in Deutschland aufgenommen, die bereits in einem anderen EU-Staat registriert waren.

Die inhaltliche Frage, die hier zur Debatte stand, wird von vielen Medien simpler dargestellt als sie eigentlich ist. Es ist keine ideologische Grundsatzentscheidung von "Germany First" oder "Europe First", sondern eine komplexe technische Frage in einem zugegebenermaßen hochemotionalisierten Politikfeld. Auch die CSU möchte keinen Regierungskollaps oder Neuwahlen provozieren, sondern schlicht eine tragfähige Lösung für die Steuerung der Migration erreichen. Das ist auch die Aufgabe, die der Wähler der Union mitgegeben hat, als wir im vergangenen September das stärkste politische Mandat aller angetretenen Parteien erhalten haben. Der EU-Gipfel hat gezeigt, dass europäische Lösungen möglich sind. Die Beschlüsse müssen nun rasch umgesetzt werden, hier ist insbesondere die österreichische Ratspräsidentschaft aufgerufen. Wir werden auch zukünftig um die bes-

te Lösung ringen und diejenige Lösung, auf die wir uns einigen, dann auch mit Hochdruck umsetzen. Wofür der Wähler jedoch kein Verständnis hat, ist, dass wir als Union den Streit öffentlich austragen und uns nicht intern einigen können. Ich empfinde es fast als skandalös, dass ich über einen Masterplan diskutieren und entscheiden soll, der mir bis heute nicht vorliegt, sondern von Seehofer unter Verschluss gehalten

wird.

Auf einem zusammengewachsenen Kontinent sind Lösungen nachhaltig, wenn sie europäisch sind. In diesem Punkt unterscheiden sich die Positionen von Seehofer und Merkel überhaupt nicht, wenn man die Sache zu Ende denkt. Mit der jetzt erzielten Einigung hat Bundeskanzlerin Merkel die europäische Flüchtlingspolitik einen großen Schritt vorangebracht. Wir werden eine

bessere Kontrolle haben, wer europäischen Boden betritt und wer wirklich hilfsbedürftig ist, ohne die Mittelmeeranrainer alleine zu lassen oder unsere Werte und rechtsstaatlichen Grundsätze über Bord zu werfen. In Zeiten nationaler Schnellschüsse ist das ein mehr als deutlicher Sieg der Diplomatie.

## BERLIN II

### Manuel Ruhe absolviert Praktikum im Deutschen Bundestag



Foto: Schnieder

Mein Name ist Manuel Ruhe, ich bin 16 Jahre alt, Schüler des Regino-Gymnasiums in Prüm und absolvierte in dieser Woche ein Praktikum im Büro von Patrick Schnieder. Warum ich mich dafür beworben habe? – Ich wollte herausfinden wie die Gesetzgebung im Deutschen Bundestag funktioniert und wie der Arbeitsalltag eines Bundestagsabgeordneten aussieht. Da ich schon seit langer Zeit sehr am politischen Zeitgeschehen interessiert bin und seit über einem Jahr in der Schüler- und Jungen-Union sowie in der CDU aktiv bin, war ich besonders daran interessiert, eine Woche am Puls der Gesetzgebung, dem Deutschen Bundestag, zu verbringen.

Von Anfang erlebte ich dabei eine spannende, aber auch unruhige Sitzungswoche. Am Montag begann ich mein Praktikum mit einem Rundgang durch die Liegenschaften und der Mitarbeit im Abgeordnetenbüro im Jakob-Kaiser-Haus. Hier steht neben der Beantwortung von Bürgeranfragen sowie der Koordinierung von Terminen zumeist die inhaltliche Arbeit an. Dabei durfte ich beispielsweise auch selbst verkehrspolitische Recherchen für Herrn Schnieder betreiben und ihn so bei seiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter unterstützen.

Neben meiner Mitarbeit im Büro hatte ich die Gelegenheit, einige Sitzungen zu besuchen. Hierbei waren unter anderem

die Sitzungen des Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Es ist erstaunlich, wie tiefgründig die Diskussionen in den Ausschüssen geführt werden. Dabei erschloss sich mir wieder, dass wir in der öffentlichen Plenarsitzung gerade einmal die Spitze des Eisberges der Gesetzgebung sehen und in den Ausschüssen die Fachpolitikern sitzen und sehr detailliert über die verschiedenen Themen diskutieren.

Ein besonderes Highlight stand für mich am Dienstag mit dem Besuch der Fraktionsebene auf dem Programm. Hier, kurz vor Beginn der Fraktionssitzung, die von sehr großem Medieninteresse geprägt ist, konnte ich aus nächster Nähe den Spitzenpolitikern von CDU/CSU, aber auch Politikern der anderen Fraktionen begegnen und gleichzeitig erleben, wie die Hauptstadt-Berichterstattung funktioniert. Nach der Fraktionssitzung hatte Herr Schnieder schließlich auch ein Interview mit SWR Aktuell. In diese Woche war der Medientrübels durch den Asylstreit noch größer.

Ich durfte hier eine sehr interessante Woche in Mitten des Herzens der Demokratie erleben. Es bot sich mir ein toller Einblick in die Arbeit des Parlaments und eines Bundestagsabgeordneten. Gleichzeitig durfte ich die Menschen kennenlernen, die hinter einem Bundestagsabgeordneten stehen. Ich bedanke mich bei Herrn Schnieder für die Möglichkeit, einen Einblick in dieses Geschehen zu erhalten.

## BERLIN III

## Keine Wohnraumbegrenzung beim Baukindergeld

Die CDU hat die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz geplante Einführung einer Wohnraumbegrenzung beim Baukindergeld verhindert. Im Koalitionsausschuss haben sich CDU, CSU und SPD in dieser Woche darauf verständigt, dass es keine Wohnraumbegrenzung geben wird. Der Vorschlag löst bei mir gleichwohl immer noch großes Unverständnis aus. Schließlich ist es erst wenige Monate her, dass die Union mit der SPD am Verhandlungstisch saß und wir uns auf das Baukindergeld für alle Haushalte mit weniger als 75.000 Euro

Einkommen geeinigt haben. Dass der Bundesfinanzminister nun nachträglich eine Erweiterung der Förderbedingungen anmeldete, um einen Abfluss der Mittel zu verhindern, lehne ich daher

ab. Die Wähler müssen sich darauf verlassen können, dass die Versprechen des Koalitionsvertrages gelten.

Mit dem Baukindergeld soll Familien geholfen werden, Wohneigentum aufzubauen. Bundesfinanzminister Scholz

Familien in Häusern mit 121 Quadratmetern sollten nach der Planung von Scholz also leer ausgehen. Das kann keinem klar denkenden Menschen erklärt werden. Ebenso wenig die von Scholz vorgesehene Förderbegrenzung

von Kinderzimmern auf eine Größe, die schon überholt war, als Olaf Scholz noch Kind war. Der größte Verlierer wären bei dieser Eingrenzung die Familien auf dem Land, wo häufig Bestandsimmobilien mit mehr als 120 Quadratmetern Wohnfläche erworben werden. Mit der vorgeschlagenen Änderung wären ausgerechnet diejenigen, die das Geld am besten ge-

brauchen können, von der Förderung ausgeschlossen worden. Daher war die Union hier auch zu keinem Kompromiss bereit. Es wird beim Baukindergeld keine Wohnraumbegrenzung geben.

**Wir tun was für Traumhäuser!**

#Koalitionsvertrag

**Baukindergeld**

**Grunderwerbssteuer:  
Familien zahlen weniger**

CDU/CSU  
Fraktion im Deutschen Bundestag

Foto: CDU/CSU

## BERLIN IV

## Besuchergruppe der Bundeswehr aus Gerolstein zu Besuch im Deutschen Bundestag



Foto: Schnieder

In der vergangenen Woche war eine Besuchergruppe des Informationstechnikbattalions 281 Gerolstein zu Besuch im Deutschen Bundestag. Da ich nicht in Berlin sein konnte, hat mein Mitarbeiter die Gruppe in Empfang genommen. Vielen Dank für den Besuch und das Interesse an meiner Arbeit.

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin  
 Tel.: 030/227 71881  
 Fax: 030/227 76240  
[E-Mail](#) • [Webseite](#)  
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)